

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nebelblatt 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: M. Hoffe, Haasenstein & Vogler, G. L. Dabbe,
Invalidenten. Berlin: Bernh. Arndt, Max Gertmann.
Hamburg: H. Thienens, Graßwald & Co. Halle a. S.
J. L. Barch & Co. Hamburg: Joh. Nothmann, A. Steiner,
William Willems. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heim. Fischer. Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 27. April. Die „Köln. Ztg.“

schreibt:

Unter der jetzigen Leitung der deutsch-konfessionellen Fraktionen im Reichstag und Landtag tritt der Gegensatz zwischen den konfessionellen Parlamentariern einerseits und den Parteigängern im Lande, vor allem der protestantischen Geistlichkeit, immer deutlicher zu Tage. Man wird sich entsinnen, wie im Reichstag bei der ersten Lesung des Bürgerlichen Gesetzbuchs Hr. v. Mantuffel gegen die Zivilehe losdonnerte, wie er versicherte, daß er zusammen mit den Herren von der katholischen Kirche gegen die Zivilehe stimmen werde, und wie er mit viel belächelter Grandezza erklärte, daß es „sein Stolz und seine Freude gewesen sei, daß er persönlich wenigstens früher geheiratet habe, als das Zivilgesetzbuch bestand“. Man erinnert sich des konfessionellen Fraktionsantrags auf Einführung einer fakultativen Zivilehe mit der staatsrechtlichen Ungeheuerlichkeit, daß der staatliche Zivilstandsbeamte die vor dem Geistlichen abgelegenen Erklärungen der Verlobten beurkunden soll, ohne sie mit eigenen Augen und Ohren wahrgenommen zu haben. Jetzt müssen diese selben konfessionellen Parlamentarier es erleben, daß die „Kreuzzeitung“ Zeugnis davon ablegt, daß, soweit sie die Literatur der Ethik überschaut, fast alle namhaften, auf positivem Boden stehenden Vertreter dieses Zweiges der Theologie zu der Frage ähnlich stehen wie D. Gremer, und daß dieser hervorragende geistliche Führer der positiven theologischen Richtung, Konfessionsrath Professor D. Gremer in Greifswald, sich in eingehender Ausführung unbedingt für Aufrechterhaltung des jetzigen Rechtszustandes und gegen die fakultative Zivilehe ausspricht. Er betont mit Recht, daß das Volk jetzt geradezu verwirrt werden würde, wenn „die Sache“ wieder geändert würde, und daß der Eindruck der sein würde, daß das Volkselement willkürlich den wechselnden Mehrheiten seiner geistlichen Vertretung preisgegeben sei. Darauf könne man sich verlassen, daß die nächste etwas anders zusammengesetzte Mehrheit des Reichstags die Mehrheit von heute desavouiren werde. Und weiter fährt er fort: „Mit ein wenig Gewissenssache, die Ehe nicht vor dem Standesbeamten zu schließen? Im Gegentheil, Gewissenssache ist es, die Ehe rechtmäßig zu schließen. Das gehört mit zu dem Segen der Reformation, dies durchgesetzt und mit vollkommenem Erfolge dem grenzenlosen Unfug der sogenannten heimlichen, d. i. nur durch Erklärung des Gewissens in Gegenwart eines Priesters geschlossenen Ehen entgegenzuwirken zu haben. Verlorenes Recht schaffte aber nur der Staat. Darum ist es Gewissenssache, die Ehe in der durch die Gesetzgebung festgesetzten Ordnung zu schließen. Ebenso ist es für den Christen Gewissenssache, sich nicht ohne Gottes Wort und den Segen der kirchlichen Gemeinschaft in den Ehestand zu begeben. Wird er durch das Gesetz daran gehindert? Nein! Dann liegt auch keine Gewissensbedrückung in demselben vor. Nicht einmal für die katholische Kirche, der die Ehe ein Sakrament ist, besteht eine Gewissensbedrückung, da auch nach ihr die Ehe nur geschlossen wird durch den Willen der Kontrahenten. Eine Gewissensforderung, daß der Priester an die Stelle des Standesbeamten trete, um dem Konfess der Kontrahenten Rechtskraft zu verleihen, kann nur für eine Kirche vorliegen, die die Welt Herrschaft anstrebt. Für die evangelische Kirche um so weniger, je mehr sie darüber hinaus sein muß, die Zugehörigkeit zu ihr nicht mit irdischen Folgen zu erkaufen. Die Verwirrung unseres Volkes durch die in letzter Zeit vorgelegene Aenderung des bestehenden Gesetzes wiegt so schwer, daß es auch im kirchlichen Interesse liegt, dankbar zu sein für die in Frieden erlangte Ordnung der kirchlichen Pflichten und des kirchlichen Handelns, statt der kirchlichen Trauung Scheinbar ihre alte Bedeutung wiederzugeben. Schembar — denn schließlich wäre es doch nicht die alte Bedeutung, sondern Rechtskraft erhielt sie erst durch die Unterzeichnung des aufzunehmenden Protokolls — also ganz wie beim Standesbeamten.“

Mittheilungen aus dem Grundbesitz.

Der Schutz des Grundeigentums gegen schädliche Einwirkungen gewerblicher Betriebe nach dem Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Der Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuchs hat in § 890 die Bestimmung getroffen, daß der Eigentümer eines Grundstücks, die Zuführung von Gasen, Dämpfen, Gerüchen, Rauch, Abgas, Wärme, Geräusch, Erschütterung und ähnliche von einem anderen Grundstück ausgehende Einwirkungen insoweit nicht verbieten kann, als die Einwirkung die Benutzung des eigenen Grundstücks nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt oder durch die Benutzung eines anderen Grundstücks herbeigeführt wird, die nach den örtlichen Verhältnissen bei Grundstücken dieser Lage gewöhnlich ist.

Das bürgerliche Recht muß dem Richter ohne Frage einen Maßstab, eine greifbare Grenzlinie geben, nach welcher beurtheilt werden kann, ob eine nachtheilige Einwirkung statthaft sein soll oder nicht. Eine solche Abgrenzung giebt die Vorschrift des § 890 insofern ganz zutreffend, als sie solche Einwirkungen für zulässig erklärt, welche nur wenig oder gar keinen Schaden verursachen. Die weitere Anordnung aber, daß auch schwerwiegende Einwirkungen zu dulden hätten, wenn sie nur als örtlich zu gelten hätten, ist so unklar, daß füglich der Richter im einzelnen Falle thun und lassen kann, was er will. Auch die dem Bürgerlichen Gesetzbuch beigegebene Vorschrift giebt nicht die mindeste Erläuterung darüber, wie lange und in welchem Umfang eine Ueblichkeit bestehen haben muß, um als maßgebende Gewohnheit Geltung zu beanspruchen. Unverständlich ist auch, für welchen örtlichen Bezirk eine solche Gewohnheit als

— Ueber die auf dem letzten Protestantentage in Berlin gefassten Beschlüsse über die Erneuerung der Vereinsorganisation finden wir im „Deutschen Protestantenblatt“ die folgenden Ausführungen:

„Es ist ein bedeutsamer und tief einschneidender Beschluß des letzten Berliner Protestantentages, daß der Verband des deutschen Protestantentums nicht bloß von dort nach Hamburg verlegt werden, sondern auch diese Vorortsfahrt selbst zukünftig nach längerer Zeit regelmäßig wechseln soll. Letzteres ist eine neue Errichtung. Seit den 33 Jahren des Bestehens des Vereins gab es nur zwei Vororte, Heidelberg und Berlin. Nachdem erstere Stadt unter den Auspizien von Schenkel, Müntzsch, Nothe, die zugleich die Väter des Vereins waren, längere Zeit die Führung befehligte, glaubte man dieselbe mit Recht nach der gewaltigen politischen Wandlung der letzten Jahre in die Reichshauptstadt verlegen zu müssen. Mit dieser Verlegung wechselte auch der Vorsitz. An Müntzschs Stelle trat in Berlin der allzu schnell verstorbene Tschow, dem wiederum Schroeder in der Leitung folgte. Seine Verdienste sind allgemein anerkannt. Indessen mag ein Einzelner nur wenig gegen die Liquidität der Verhältnisse. In Berlin hatte man gegen die Geister Stöcker'scher Objektivität aus dem orthodox-christlich-sozialen-antimilitarischen Lager zu kämpfen, war aber außer Stande, dieselben Waffen zu gebrauchen. Im übrigen Deutschland traten die Bestrebungen und Hoffnungen des Vereins vor der von Preußen wegen des rapiden Wachstums der Sozialdemokratie ausgehenden kirchlich-konfessionellen Lösung allmählich fast ganz zurück. Nun kam der fähige Sturz des Zwillingspaares Hammerstein-Stöcker, dieser beiden größten Stützen für Christlichkeit, Sittlichkeit, Wahrheit, dieser Fackelträger des düstersten Fanatismus gegen politische und kirchliche Freiheit; es kamen die Abweichungen der Pastoren in Schwaben und im Saale-Friedrichs des Einzigen, die Zäunung und Zählung der liberalen theologischen Fakultäten, die immer dringendere Forderung, klar zu stellen, wie der liberale Protestantismus der christlich-sozialen Frage gegenüber sich zu verhalten habe, kurz, die Vorbedingungen zur Verurteilung eines Protestantentages waren, wie der glänzende Verlauf desselben gezeigt hat, reichlich gegeben. Cines trübsten Juraß bedurfte man um so weniger, als die Veranlassungen ohne Ausnahme vom Geiste hoher Freundschaft und Zuvorigkeit getragen waren und der Gedanke Angehöriger der Zeitverhältnisse wiederholt Ausdruck fand, daß der Protestantentverein, wenn er nicht schon vorhanden wäre, gegründet werden müsse. Um aber in Zukunft einer Stöckung des Vereinslebens vorzubeugen, hatte man, da der bisherige langjährige und verdiente Vorsitzende aus persönlichen Mängeln zurücktreten zu müssen erklärt hatte, von Hamburg aus eine Aenderung des Statuts vorgezuschlagen, der zufolge der geschäftsführende Vorstand alle drei Jahre, binnen welcher Zeit auch eine Generalversammlung stattfinden soll, neu gewählt wird. Es ist dabei nicht nötig, daß der Vorstand jedes Mal nach drei Jahren einem anderen Verein im Norden oder Süden des Vaterlandes übertragen wird, indem eine Wiederwahl der bisherigen Geschäftsführung möglich ist; aber man war doch der Meinung, daß ein nicht allzu rascher Wechsel in der Leitung vielleicht der Sache zu gute kommen und die neuen Kräfte zu kräftiger Initiative veranlassen würde.“

— Wie bekannt, hat sich die Ausständigung der auf der Chicagoer Welt-Ausstellung verliehenen Medaillen und Diplome trotz wiederholter Anregung von deutscher Seite bisher nicht erreichen lassen. Einen besseren Erfolg scheint eine neuerdings in Washington erhobene Vorstellung haben zu sollen, bei welcher auf den Wunsch vieler deutschen Aussteller, die ihnen in Chicago verliehenen Auszeichnungen bei der bevorstehenden Berliner Gewerbeausstellung benutzen zu können, hingewiesen worden war. Es ist darauf, wie der „Reichsanzeiger“ berichtet, dem kaiserlichen Botschafter in Washington die antizipatorische Mittheilung zugegangen, daß der mit der Vertheilung der Diplome und Medaillen beauf-

tragte Chef des Bureau of Engraving and Printing in der Lage sei, am 24. oder 25. April die Diplome und Medaillen der kaiserlichen Botschaft zu übermitteln. Danach ist zu hoffen, daß die prämiirten deutschen Aussteller binnen kurzem in den Besitz ihrer Auszeichnungen gelangen werden.

— Bei der Erinnerungsfeier des badiischen Trainbataillons Nr. 14 in Durlach richtete der Großherzog an die Veteranen eine Ansprache. Er ermahnte die Veteranen, alle ihre Kräfte einzusetzen, damit die Gefamungen, die sie beauftragt worden, und von denen sie befreit seien, auch auf die Jugend und die kommenden Generationen übertragen werden, denn nur dann könne das Geschaffene erhalten werden. Am Schlusse seiner Rede forderte der Großherzog die Anwesenden auf, dahin zu streben, daß dem Kaiser die Regierung leicht gemacht werde, damit dieser die Pflichten, die er zu erfüllen habe, mit Hilfe des Volkes alle erfüllen könne. Sodann brachte der Großherzog ein dreifaches Hoch auf den Kaiser aus.

— In der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch sind die Anträge des Zentrums und eines Theils der Konfessionen, welche gegen die obligatorische Zivilehe gerichtet waren, abgelehnt worden und zwar erhielten die des Zentrums nur die Stimmen dieser Partei; die konfessionellen Anträge nur einige wenige Stimmen mehr. Mit größter Bestimmtheit traten namens der Regierungen der Staatssekretäre des Reichsjustizamts, die Vertreter der bayerischen, der württembergischen und der badiischen Regierung den Anträgen entgegen. Diese haben im Plenum keine besseren Aussichten, und die sie befürwortenden Gruppen werden sich daher lediglich zu entscheiden haben, ob sie wegen der Ablehnung der Anträge gegen das Gesetzbuch stimmen wollen.

Nach Ansicht des Vorsitzenden der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch werden die Arbeiten der Kommission einen beschleunigten Gang nehmen. Der Vorsitzende begutachtet die Vorarbeiten, die der erste Lesung bis Pfingsten wird beendet sein können. Die gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft tretenden andern Justizgesetze sind bis auf die Grundbuchordnung und auf das Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit dem Bundesrath bereits vorgelegt worden. Es wird erwartet, daß diese Gesetze nach ihrer Feststellung im Bundesrath veröffentlicht werden.

— Nach der „Zib. Korr.“ bestätigen sich die Gerichte, daß das dem Reichstage in Aussicht gestellte Gesetz, betreffend die Umgestaltung der osterreichischen Schutztruppe, auf Hindernisse stoße. Es scheint sich indessen nicht um die Unterstellung der Schutztruppe unter die Kolonialabtheilung des Auswärtigen Amtes zu handeln, sondern um die Frage, ob der Gouverneur von Ostafrika zugleich Kommandeur der Schutztruppe sein soll.

Gienach, 26. April. Der für Freitag beabsichtigt gewesene Jagdausflug des Kaisers ist wegen des ungünstigen Wetters unterblieben. Gestern Vormittag erließ der Kaiser eine Regimentsbefehl und nahm das Frühstück mit der großherzoglichen Familie ein. Um 3 Uhr Nachmittags erfolgte die Abreise des Kaisers nach Schloß; der Großherzog begleitete den Kaiser zum Bahnhof. Die zahlreich anwesende Volksmenge brachte dem Kaiser enthusiastische Jubilationen dar, für welche derselbe lebhaft dankte. Abends um 6 Uhr traf der Kaiser bei herrlichem Wetter in Schloß ein und wurde von der zahlreichen Menge mit brausenden Hochrufen begrüßt. Die Stadt ist festlich geschmückt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 26. April. Die Meldung des antizipatorischen „Deutschen Volksblattes“, Dr. Lueger sei zum Kaiser in Audienz berufen, ist unbegründet.

Die von sozialdemokratischer Seite geplante Heranziehung der Schutzjugend zur Kaiserfeier ist politisch unterlagert worden. Im Falle Zuwiderhandels des Verbots sind strenge Maßregeln von den Behörden getroffen worden.

Schutz finden kann. Dies entspricht auch dem bestehenden Reichsrecht, welches in der Reichsgewerbeordnung zum Ausdruck gelangt ist. Nach § 26 der Gewerbeordnung kann gegen jeden Gewerbebetrieb die privatrechtliche Klage auf Anbringung von Schutzmaßregeln, auf Schadenersatz, auf Einstellung des Betriebes bei schädlichen Einwirkungen erhoben werden. Nur gegen konfessionelle Anlagen ist die Klage auf Betriebseinstellung verboten. Bei diesen Grundbesitz des Reichsrechts wird es auch sein Verwenden behalten müssen. Die Gewerbeordnung kennt keine dahingehende Unterabtheilung, daß der privatrechtliche Schutz mit Rücksicht auf angebliche Ortsüblichkeiten in Fortfall zu kommen hätte. Die Denkschrift will nicht einmal das Recht auf Schutzmaßregeln anerkennen. Es wird gesagt, der Beschädigte dürfe sich selbst Schutzvorkehrungen anbringen. Diese wohlwollende Absicht kann aber nicht viel helfen. Denn wirksame Vorkehrungen gegen schädliche Einwirkungen lassen sich nur am Ort der Entstehung der schädlichen Einwirkungen selbst anbringen. Der § 890 giebt also nicht einmal Schutz gegen eine schädliche Betriebsweise, die den Nachbar ganz unnothigerweise belästigt und beschädigt.

Im § 888 wird zwar jede Eigenthumsausübung verboten, welche nur den Zweck hat, einen dritten zu beschädigen. Diese Anordnung erscheint aber auch ungenügend. Denn ein Gewerbe wird doch niemals nur zu dem Zweck betrieben, um einen dritten zu schädigen. Der Entwurf bietet also nirgends den für die Interessen des schädigten Grundbesitzes nothigen Schutz gegen schädliche gewerbliche Einwirkungen. Es ist darum dringend nöthig, eine Aenderung des § 890 herbeizuführen.

Der Schutzverein der Hauseigentümer zu Darmstadt (125 Mitglieder) ist dem Zentral-Verband der Haus- und städtischen Grundeigentümer-Verände Deutschlands als ordentliches Mitglied beigetreten.

Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts. Für nicht vermietete, sondern von dem Eigenthümer bezogen, Angieher selbst bewohnte oder sonst benutzte Gebäude ist nach § 13

Best, 26. April. Die ungarischen Sozialdemokraten haben beschlossen, zum ersten Male einen Kandidaten für den Reichstag und zwar im Abgeordneten Wahlbezirk aufzustellen.

Von zuverlässiger Seite wird die Meldung, daß der deutsche Kaiser Ende August an den Jagden in Belgien theilnehmen und sodann die Millenniums-Ausstellung besuchen werde, als falsch bezeichnet. Der deutsche Kaiser werde in diesem Jahre überhaupt nicht nach Ungarn kommen.

Frankreich.

Paris, 25. April. Heute Nachmittag 3 Uhr fuhr der Fürst von Bulgarien in einem von Kaffassier eskortirten Galawagen zum Besuche des Präsidenten Faure nach dem Elysee. Bei der Ankunft und der Abfahrt wurden dem Fürsten die militärischen Ehren erwiesen. In der Nähe des Elyseepalastes waren zahlreiche bulgarische Studenten aufgestellt, welche den Fürsten lebhaft begrüßten. Präsident Faure wird den Besuch um 5 Uhr erwidern. Bei seinem Besuche im Elysee trug Fürst Ferdinand von Bulgarien den Großkordon der Ehrenlegion, welcher ihm vom Präsidenten zuvor überreicht worden war. Der Präsident empfing, umgeben vom Ministerpräsidenten Bourgeois und den Offizieren seines Militärstaates, den Fürsten, welcher von den bulgarischen Ministern und seinem Gefolge begleitet war. Nach dem Austausch der ersten Begrüßungen verließen der Präsident der Republik und Fürst Ferdinand sowie der Ministerpräsident Bourgeois und die bulgarischen Minister Stoulov und Petrow allein in einer dreiviertelstündigen Unterredung. Später stieg Fürst Ferdinand auch dem Präsidenten der Deputirtenkammer Brisson einen Besuch ab.

Paris, 25. April. Allgemein glaubt man, daß der Präsident die Bildung eines neuen Kabinetts Sarrien übertragen werde.

Paris, 26. April. Sarrien überbringt heute Mittag dem Präsidenten Faure Antwort, ob er die Neubildung des Kabinetts übernehmen hat. Faure soll gestern Sarrien erklärt haben, in seinem Regierungsprogramm dürfe sich die Revision der Verfassung nicht befinden. Die „Lanterne“ behauptet dagegen, wenn Sarrien das Ministerium übernehme, werde er auch Bourgeois' Programm realisiren und der Kammer die Revision der Verfassung vorschlagen. Die Blätter veröffentlichten, mehr oder weniger übereinstimmend, Ministerlisten mit Sarrien an der Spitze, Bardon als Justizminister, Doumer als Minister des Innern und mit dem Gemäßigten Lanneslongue als Unterrichtsminister. Die radikalen und sozialistischen Blätter fahren fort, die Verfassungsrevision zu fordern.

Paris, 26. April. Fürst Ferdinand von Bulgarien machte gestern Abend dem Kammerpräsidenten Brisson einen offiziellen Besuch und ergriff nachher auf dem Ball der Militärschüler von St. Cyr, dem auch der Präsident Faure beizuhobte.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. April. Der Kriegsminister, Generalleutnant Thomsen hat heute wegen andauernder Krankheit erbetenen Abschied erhalten. Der Departementsdirektor im Kriegsministerium, Artillerieoberst Schnack, ist zum Kriegsminister ernannt worden.

England.

London, 25. April. Von angeblich zuverlässigster Seite erfährt „Globe“, China hätte an Russland für einige Zeiten die Mongolei, die Mandchurei, Sibirien, einschließlich der Linien-Halbinsel und Port Arthur, abgetreten. Die neue chinesische Grenze werde bei Changhaiwan beginnen und auf beträchtliche Entfernung längs der großen Mauer laufen. Als Entgelt für diese Gebietsabtretung verpflichte Russland sich, das übrige China gegen jede Angriffe von außen zu schützen. Sollte England zum Schutz seiner Interessen einschreiten, so würde Russland den Krieg in anderen Welttheilen anzufachen, um britischen Streitkräften volle Beschäftigung zu geben. Um die Reichshauptstadt gegen Mottenangriffe zu schützen, würde der Regierungssitz von Peking weiter landeinwärts, wahrscheinlich

nach der Hauptstadt der Provinz Schansi, verlegt werden.

Russland.

Petersburg, 25. April. Das Projekt über die Valuta-Reform wird am Donnerstag oder Sonnabend nächster Woche an den Reichsrath gelangen.

Wien, 25. April. Die chinesische Mission zu den Störungsfestlichkeiten in Moskau, bestehend aus dem Bizekönig Si-Dung-Tschang, elf hohen Würdenträgern, 35 Mandarinen und einem zahlreichen Gefolge, trifft am Montag hier ein. An dem Empfang im Hofen werden die Vertreter der Militär- und Zivilbehörden und die Stadterretung theilnehmen. Si-Dung-Tschang wird Brod und Salz überreicht werden. Die Mission wird vor ihrer Abreise nach Moskau einige Tage hier verweilen.

Serbien.

Belgrad, 26. April. Die Ministerkrisis ist als vorläufig beigelegt anzusehen. Die mit Ungarn bisher bestehenden Streitpunkte sind durch gegenseitiges Entgegenkommen beigelegt.

Das für heute einberufene Volksmeeting, welches gegen die ungarische Millenniums-Ausstellung demonstrieren sollte, ist von der Polizei verboten worden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 27. April. Neuerdings ist sowohl in den parlamentarischen Verhandlungen als auch in der Presse wiederum vielfach die Frage erörtert worden, ob nicht die Veranlagungsbehörden für die Einkommensteuer und die Erbschaftsteuer in allen zahlreichen Fällen Beanstandungen der Steuererklärungen eintreten lassen und dadurch ohne Noth Verhaftungen und Verhaftungen hervorgerufen. Ein angelegenes Blatt beantwortet die Bemerkungen des Finanzministers im Herrenhause, daß in einer großen Zahl von Regierungsbezirken die weitüberwiegende Zahl der Beanstandungen begründet und erfolgreich gewesen seien, mit der Gegenfrage, was denn dabei als Steuer herausgekommen sei. Zur Aufklärung hierüber greifen wir aus dem umfangreichen vorliegenden Material nur ein Beispiel heraus. In Berlin wurden bei der letzten Veranlagung für das Jahr 1896/97 bei 327 317 Einkommensteuerpflichtigen Personen 14 665 Beanstandungen von den Kommissionen beschlossen. Davon haben 10 203 Erfolg gehabt, und ein Mehrtheil davon an Steuer von nicht weniger als 827 009 Mark ist diesen Beanstandungen zu verdanken. Bei 53 782 ergänzungssteuerpflichtigen Personen sind 6 616 Beanstandungen ergangen und haben ein Mehr an Erbschaftsteuer von 118 734 Mark zur Folge gehabt. Die Richtigkeit der geltend gemachten Beanstandungen wurde von 3739 Einkommensteuerpflichtigen und von 2842 Erbschaftsteuerpflichtigen ohne Weiteres anerkannt. Hieraus dürfte sich wohl zur Genüge ergeben, wie notwendig die Kritik der Steuererklärungen und die darauf folgende Verhandlung mit den Jenen ist, und welche Folgen es für eine gerechte und gleichmäßige Veranlagung der Steuer haben würde, wenn den Behörden das Recht der Beanstandung nicht zustünde oder von denselben nicht gehörig gebrauchbar würde. Die Veranlagungskommissionen klagen allgemein darüber, daß eine so große Anzahl von Steuererklärungen theils aus Unkenntnis, theils aus falscher Auslegung der Gesetze, letzteres aber immer im Interesse der Jenen, oder in Folge fehlender Sorgfalt oder gar in Folge beschuldigter Steuerhinterziehung noch immer einer weiteren Verfolgung bedarf. Soviel lehrt die Erfahrung ganz klar, daß ohne das Recht der Beanstandung die gegenwärtige Einkommensteuer wohl noch ungleicher und ungerechter sich gestalten würde, als dies anerkanntermaßen bei der früheren Einkommensteuer der Fall war. In anderen Ländern hat man dieselben Erfahrungen gemacht. Bedenklich die wachsende Einsicht und Gewissenhaftigkeit der Jenen und die steigende Erfahrung und Personalfähigkeit der Behörden können nach und nach zur Vermeidung der Beanstan-

Städten von über 50 000 Einwohnern sind, abgesehen von Gelsenkirchen, Stettin, Wülhausen, Würzburg, Darmstadt, für die keine Nachrichten vorliegen, nur vier (München, Nürnberg, Kassel und Erfurt) vorhanden, in denen eine allgemeine Verpflanzung auf Kosten der Stadt nicht stattfindet. In diesen vier Städten haben die Grundbesitzer die Kosten der Verpflanzung zu tragen. Das Maß der künftigen Verpflanzung hängt naturgemäß mit der Ausdehnung der natürlichen Verpflanzung durch Regen zusammen, die sehr verschieden ist. So hat München nahezu noch einmal soviel Niederfalle wie Kiel und Frankfurt a. O. Aber selbst diese Unterschiede erklären die Verhältnisse zwischen den einzelnen Städten in keiner Weise. Man braucht z. B. pro Kopf 3 Liter Wasser zur Straßenverpflanzung, Königsberg 19 Liter, dagegen Berlin 706, Braunschweig 1243 und Frankfurt a. M. 1442 Liter. Die Verpflanzung erfolgt überall durch Sprengwagen, deren Zahl zwischen 3 (Kassel) und 170 (Berlin) schwankt. Die Anzahl der täglichen Verpflanzungen wechselt in der Regel zwischen 1 und 2; nur in Düsseldorf, Chemnitz und Karlsruhe finden 2 bis 3, in Frankfurt a. M., Mannheim und Wiesbaden 2 bis 4, in Breslau 2 bis 6, in Duisburg 3 bis 5 und in Charlottenburg sogar 5 bis 6 statt. Am kostspieligsten ist die Straßenverpflanzung in Frankfurt a. M., wo sie im Jahre 1892 (oder Gatsjahr 1892-93) 39 Pfennig auf den Kopf kostete; demnach folgen Charlottenburg mit 32 Pfennig, Dresden mit 29, Mannheim mit 28, Leipzig mit 25 und Wiesbaden mit 23 Pf. Die wenigsten Kosten verursachte die Verpflanzung in Königsberg, Essen, Kassel, Götting, mit 3 Pfennig und in Straßburg 2 Pfennig. In Berlin wurden 236 684 Mark verbraucht, das macht 15 Pf. auf den Kopf. Bei allen diesen Zahlen ist aber die etwaige Entschädigung für das verbrauchte Wasser nicht mitgerechnet.

Ueber die Straßenverpflanzung entnehmen wir dem statistischen Jahrbuch der deutschen Städte folgende die größeren deutschen Städte betreffenden Angaben. Unter den

